

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden zum Doppelhaushalt 2017/2018

Unna, Dezember 2016

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Deutschland ist ein reiches Land! Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht von Rekordeinnahmen des Staates berichten. Immer wieder ist von Mehreinnahmen in Milliardenhöhe die Rede. Aber auch bei den Ausgaben ist die Milliarde, zumindest in der großen Politik, mittlerweile schon fast die Standardgröße. Wohl bemerkt, die Regierung denkt fast nur noch in 1000 Millionen Euro Schritten. Wer von uns macht sich überhaupt noch wirklich Gedanken über diese unvorstellbaren Summen, mit denen da tagtäglich wie selbstverständlich jongliert wird? Viele Milliarden werden ausgegeben für die Alimentierung bedürftiger Bürgerinnen und Bürger, die Eingliederung behinderter Menschen und die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten der ganzen Welt. Allein für die Eingliederung von Flüchtlingen fallen laut Ifo-Institut demnächst jährlich fast 22 Milliarden Euro - also 22.000 Mio. Euro - an. Andere Schätzungen liegen etwas darunter oder auch darüber. Und dennoch meine Damen und Herren: Die 1,8 Milliarden Euro, die jährlich zur Angleichung der Ost- und Westrenten erforderlich wären, kann der Bund angeblich

vorläufig nicht stemmen. Gleiches gilt für die Mütter in der Rente, die ihre Kinder vor, beziehungsweise nach 1992 geboren haben. Die Mütter vor 1992 sind uns weniger wert, denn die 6,5 Mrd. für deren Gleichstellung können wir laut Bundesregierung nicht aufbringen.

Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass der sogenannten kommunalen Familie immer mehr Lasten aufgebürdet werden, ohne dass die finanzielle Grundlage dazu mitgeliefert wird. Konnexität, früher Grundsatz in der Politik, ist zum Fremdwort geworden. Die sozialen Ausgaben steigen seit Jahren so stark, dass man dafür mittlerweile nahezu die Hälfte aller Ausgaben veranschlagen muss. Folge dessen ist die Situation, in der wir uns hier in Unna seit Jahren befinden. Der Kämmerer stellt einen Haushalt auf, der nach Abzug aller Transferleistungen und Umlagen, nahezu keinen finanziellen Spielraum für die politische Gestaltung vor Ort lässt. Vorbei die Zeiten, in denen die Politik dem Bürger mal hier eine Eishalle, mal dort ein Schwimmbad oder ein Kulturzentrum gegönnt hat. Heute reicht es meist nicht einmal mehr zum Erhalt der früheren Errungenschaften oder der Infrastruktur. Seit Jahren ist hier alles in der Hoffnung „auf Kante“ gerechnet, dass der Haushalt im Jahre 2020 ausgeglichen werden kann. Bis dahin helfen Prognosen, Hoffnungen und Zahlenspiele, sowie der Verbrauch unseres letzten Eigenkapitals. In Unna schlägt bereits im Jahre 2019 endgültig die „Stunde der Wahrheit“, während man sich in Berlin für die „schwarze Null“ feiern lässt und über Steuersenkungen nachdenkt, die die Situation in den Kommunen weiter verschärfen würden.

Um die Kommunen bei Laune zu halten, gibt es hier und da mal Förderprogramme des Bundes oder des Landes. Diese schmücken sich mit tollen hoffnungsvollen Namen, wie zum Beispiel „Gute Schule 2020“. Kommt das Geld dann tatsächlich auch hier an, reicht es oftmals nur zur Beseitigung der größten Notstände oder für einzelne Vorzeigeprojekte.

Mit welchem Recht klinkt sich die Bundesregierung ab 2019 aus der Übernahme der Flüchtlingskosten aus? Sind tatsächlich bis dahin alle Zuwanderer und Flüchtlinge soweit integriert, dass sie unsere Sprache sprechen, eine auskömmliche Arbeit haben, in bezahlbaren Wohnungen leben, und nicht mehr auf staatliche Hilfe angewiesen sind? Wohl kaum, meine Damen und Herren.

Tatsache ist, dass uns hier mehrfach durch den Kämmerer und seinen Haushaltsentwurf klar dokumentiert wurde, dass der Stadtkasse ab dem Jahr 2019 jährlich mindestens 5,5 Mio. Euro fehlen. Die Einzelheiten hierzu sind Ihnen also bekannt. Unser Eigenkapital, mit dem wir die Defizite in den Vorjahren immer ausgleichen konnten, wird dann restlos aufgebraucht sein. Die Überschuldung droht ganz konkret, meine Damen und Herren. Die Bundes- und Landespolitischen Rahmenbedingungen werden sich derweil sicher nicht verbessern. Wer in der gegenwärtigen Lage mit gutem Wirtschaftswachstum und sprudelnden Steuereinnahmen nicht willens oder in der Lage ist, nachhaltig für Besserung zu sorgen, wird dies auch in den nächsten Jahren nicht tun. Hinzu kommt die bittere Erkenntnis der sogenannten Wirtschaftsweisen, dass die fetten Jahre, von denen wir hier eigentlich so richtig gar nichts gemerkt haben, für Deutschland vorbei sind. Auch im Rest der Europäischen Gemeinschaft gibt es riesige Probleme, die je nach Nachrichtenlage, mehr oder weniger eindringlich kommuniziert werden. Der Appell des Kämmerers, wir mögen uns zur Abwendung des finanziellen Desasters bittend an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten wenden, war sicherlich nett gemeint. Er hat vor diesem Hintergrund aber eher Symbolcharakter. Die Hoffnung, dass sich doch noch alles zum Guten wendet, kommt tatsächlich einer Wette auf unsere finanzielle Zukunft gleich. Bereits der jetzt vorliegende Haushaltsplan zeigt, wer in Unna das Risiko dieser Zukunftswette zu tragen hat. Wenn wir verlieren, ist die soeben beschriebene Finanzierungslücke in Höhe von jährlich 5,5 Mio. Euro laut Planung voll umfänglich von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt auszufüllen. Die Anhebung der Grundsteuer B auf dann fast 1000 Punkte wird schon dargestellt und scheint unausweichlich. Dabei ist eine so starke Anhebung, gerade der Grundsteuer B, unsozial. Sie trifft nicht nur

reiche Hausbesitzer, sondern in hohem Maße auch sozial schwächere Mieter und Menschen, die sich zur Alterssicherung ein kleines Häuschen vom Munde abgespart haben.

Wir versuchen hier in Unna, die Wirtschaftsförderung weiter nach vorn zu bringen. Sogar neues Personal soll zu diesem Zweck eingestellt werden. Auch wir machen uns Gedanken darüber, wie wir gesunde Wirtschaftsunternehmen in unsere Stadt holen können. Wie zum Hohn wird dann ab dem Jahre 2019 in Unna die Gewerbesteuer erhöht, die bereits jetzt nicht besonders niedrig ist. Fragen Sie doch mal in den Gemeinden, denen es wirtschaftlich gut geht. Eine hohe Gewerbesteuer gehört dort sicher nicht zum Portfolio der Erfolgsmaßnahmen.

Einzig die Grundsteuer A soll auf niedrigem Niveau bleiben und nicht erhöht werden. Durch die Grundsteuer A werden nicht die größten Einnahmen generiert. Dennoch ist nicht einzusehen, weshalb hier allein die Landwirtschaft verschont werden soll.

Zugegeben, zur Fortschreibung der Haushaltssicherung ist es natürlich am einfachsten, den befreienden Dreh an der Steuerschraube darzustellen. Wir hätten uns jedoch etwas mehr Kreativität bei der Verteilung der zu erwartenden Lasten gewünscht. Dabei wird die Finanzierungslücke ab 2019 vermutlich noch größer sein als dargestellt. Die steigenden Umlagehaushalte des Kreises und des Landschaftsverbandes werden uns keine Luft mehr lassen. Sollte dann das Zinsniveau, wie angekündigt, wieder langsam ansteigen, dürfte das Ende der Fahnenstange endgültig erreicht sein.

Meine Damen und Herren, ich hätte noch genug Stoff um weiter schlechte Stimmung zu verbreiten. Das möchte ich aber nicht, weil es uns nicht weiter helfen würde. Mein ausdrückliches Lob gilt dem Kämmerer, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben versucht, trotz dieser nicht rosigen Rahmenbedingungen, einen soliden Haushaltsplanentwurf vorzulegen. Zumindest rechnerisch passen die Zahlen und laut Plan soll der Haushaltsausgleich bis 2020 erreicht werden. Auf 398

Seiten werden knapp 319 Mio. Euro als Ausgabe in den nächsten 2 Jahren verplant, 21 Mio. mehr, als an Erträgen zu erwarten ist. Bei dem ganz überwiegenden Teil der Ausgaben handelt es sich um feststehende Positionen, die nicht signifikant zu beeinflussen sind. Sparpotenziale sind weitgehend ausgeschöpft und die freiwilligen Leistungen wurden bereits in den vergangenen Jahren gekürzt. Weitere Einsparungen wären sicher schwierig und würden politisch schwer umsetzbar sein.

Vor diesem finanziellen Hintergrund gerade die Zuwendungen für die Fraktionen des Unnaer Rates zu erhöhen, wird in der Bevölkerung sicherlich keine Akzeptanz finden. Die finanzielle Ausstattung unserer Ratsfraktionen ist im Vergleich zu anderen Kommunen schon jetzt sehr hoch. Nach der Kommunalwahl im Jahre 2014, hatten wir uns alle auf einen gedeckelten Betrag bis zum Ende der Ratsperiode geeinigt. Die Erhöhung der Zuwendungen ist unnötig, da Sparpotenziale noch nicht ausreichend ausgeschöpft sind. Klausuren von Ratsfraktionen müssen nicht über drei Tage in Spitzenhotels anderer Bundesländer stattfinden. Kostspielige Empfänge könnten entfallen oder gemeinsam ausgerichtet werden. So ließe sich Geld sparen. Geld, welches an anderer Stelle sinnvoller zu verwenden wäre. Die FLU wird dieser Erhöhung ganz sicher nicht zustimmen und weiterhin sparsam mit den ihr anvertrauten Steuermitteln umgehen.

Meine Damen und Herren, auch andere Planungen des Haushaltes bewerten wir anders als die breite Mehrheit des Hauses.

Die Landesregierung kündigt für die nächsten 4 Jahre ein Sonderprogramm mit dem Namen „Gute Schule 2020“ an. Im Rahmen dieses Programms entfallen auf die Schulen der Kreisstadt insgesamt 6,8 Mio. Euro, verteilt auf 4 Jahre, die als Fördermittel von der NRW Bank ausgezahlt werden. Anders als bei zweckgebundenen Investitionsprogrammen, könnten diese Mittel für die verschiedensten Bedürfnisse der Schulen verwendet werden. Die Kreisstadt Unna ist Träger von insgesamt noch 19 Schulen, die alle mehr oder weniger dringende Bedarfe anzumelden haben, selbst

wenn nicht überall Heizungen defekt, Dächer undicht oder Toiletten unbenutzbar sind. Mit den in den vergangenen Jahren umgesetzten „Konjunkturpaketen 1 und 2“, sind einige der dringendsten Mängel an Unnaer Schulen beseitigt worden. Überdies liegen bereits Mängellisten der Schulen aus vergangenen Jahren vor, die es abzarbeiten gilt. Sicherlich wäre es nicht richtig, die Fördergelder nach dem Prinzip „Gießkanne“ zu gleichen Teilen auf alle Schulen zu verteilen. Es kann aber ebenso nicht richtig sein, wenn das Förderprogramm in Gänze nur einer einzigen Schule zu Gute kommt. Nach Aufgabe der Anne Frank Realschule ist es sicherlich erforderlich, bauliche Maßnahmen am Standort der Hellweg Realschule (HRS) durchzuführen. Ob der spätere Ausbau der Schule tatsächlich 4 zügig sein muss, sollte anhand der nächsten Anmeldezahlen sowie einem verbindlichen, gemeinsamen Schulentwicklungsplan mit der Nachbarschaft Holzwickede endgültig geklärt werden. Die CDU hat im Vorfeld der Haushaltsberatungen öffentlich gemacht, dass sie ihre Zustimmung zum Haushaltsentwurf von der Ausbauplanung abhängig macht. Ein Junktim der CDU darf jedoch nicht bewirken, dass alle anderen Unnaer Schulen bei diesem Programm leer ausgehen. Deshalb sollten aktuell noch einmal die dringendsten Bedarfe aller Schulen abgefragt werden. Eine Kommission, unter Beteiligung der Schulleitungen, hätte dann einvernehmlich eine Prioritätenliste erstellen können. Für die notwendigsten Bedürfnisse der Hellweg Realschule hätte man vorab einen angemessenen Betrag aus der Verhandlungsmasse nehmen können. Wir sind sicher, dass ein solches Verfahren kurzfristig umsetzbar gewesen wäre, und nicht, wie hier in der Diskussion behauptet, zu maßlosen Wünschen einzelner Schulleitungen geführt hätte.

In einige Unnaer Schulen ist in den vergangenen Monaten eingebrochen worden. Abhanden gekommenes Diebesgut und Einbruchsschäden an den Gebäuden haben sich auf nicht unerhebliche Summen addiert. Hinzu kommen Schäden an Unnaer Schulen, die immer wieder durch Vandalismus entstehen. Wenngleich in unserem Land der Schutz des Eigentums in erster Linie Aufgabe der Polizei ist, muss auch der Schulträger hier zur Gefahrenabwehr tätig werden. Eine angemessene Gebäudesicherung und/oder eine Videoüberwachung an geeigneten Stellen ist durchaus dazu

geeignet, Fallzahlen und Schäden zu verringern. Ein erhöhtes Entdeckungsrisiko kann überdies potenzielle Täter abschrecken. Die äußerst geringe Aufklärungsquote kann gesteigert werden. Die Freie Liste Unna (FLU) hat hierzu bereits am 19. Juni dieses Jahres einen entsprechenden Antrag vorgelegt, über den noch nicht beraten wurde. Die im Haushaltsplan für die Schulsicherung veranschlagten Gelder sind für die effektive Umsetzung unserer Vorschläge nicht ausreichend. Unser Antrag wurde nicht abgelehnt, jedoch ohne konkrete Zusage in die Zukunft geschoben.

Im laufenden Jahr haben drei Fraktionen Anträge zum städtischen Baumbestand gestellt. Der FLU- Antrag mit der Überschrift: Maßnahmen zur Pflege, Erhaltung und Ausweitung des städtischen Baumbestandes vom 10.02.2016, beinhaltet dabei die weitest gehenden Forderungen. Es wurde erstmals die Aufnahme eines festen Betrages im Investitionshaushalt der Jahre 2017/2018 gefordert. Unser Antrag wurde in den einschlägigen Fachgremien beraten und jeweils einstimmig befürwortet. Trotzdem sieht der Planentwurf für die Jahre 2017/2018 keine ausreichenden Mittel für diese Maßnahmen vor. Einen verbindlichen Haushaltsansatz gibt es nicht. In Anbetracht des Umstandes, dass im Stadtgebiet mittlerweile ca. 90 Baumstandorte zur Bepflanzung anstehen und eine Vielzahl von Baumscheiben nachgebessert werden müssen, ist diese Tatsache unbefriedigend und nicht hinnehmbar. Bei geschätzten Kosten einer einzigen Neuanpflanzung zwischen 2000 und 4000 Euro und den Kosten der Überprüfung und Nachbesserung beim Altbestand, ist absehbar, dass die von uns formulierten Ziele auch in den nächsten Jahren nicht aus dem Stadium der Absichtserklärung und des Lippenbekenntnisses herauskommen.

Meine Damen und Herren, unter dem Titel: Nutzung des ehemaligen Freizeitbadgeländes in Massen, hat die Freie Liste Unna am 03.10.2016 einen Antrag gestellt. Das ca. 27.000 qm große Areal im Herzen des zweitgrößten Unnaer Stadtteiles verwildert seit dem Abriss des Freizeitbades zunehmend und entwickelt sich zum innerstädtischen Schandfleck. In den letzten Jahren sind einige Vorschläge zur Entwicklung des Geländes gemacht worden, die allesamt an den bekannten

Planungsrestriktionen gescheitert sind. Wohnbebauung kommt für das Brachgelände ebenso wenig infrage wie die Nutzung als Gewerbefläche. Erhebliche Lärmimmissionen durch den Flughafen Dortmund, oder die Beeinträchtigung der unmittelbar angrenzenden Bewohner durch ein Gewerbegebiet, sprechen gegen derartige Nutzungen. Gegen die Ansiedlung von Einzelhandel spräche unser eigenes Einzelhandelskonzept, welches an dieser Stelle nur eine Verkaufsfläche unter 700 qm zuließe. Wir haben also weiterhin die Wahl zwischen immer neuen Diskussionen ohne konsensfähige Lösung oder eine ökologisch wertvolle Entwicklung des Geländes zur multifunktionalen Grünfläche mit Aufenthalts- und Freizeitqualität. Konkrete Vorschläge dazu sind Inhalt unseres Antrages. Eine solche Lösung beinhaltet zudem noch die zumindest theoretisch weiterbestehende Option, dass Gelände irgendwann wieder als Badstandort nutzen zu können. Wir hatten erwartet, dass auch unser Entwicklungsvorschlag diskutiert und in die weiteren Überlegungen einbezogen wird. Dies wird jedoch von SPD und CDU abgelehnt. Die Massener Bürgerinnen und Bürger werden sich vielleicht später daran erinnern.

Meine Damen und Herren, wenn man einem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen möchte, sollte man Vorschläge liefern, mit denen die erkannten Probleme besser gelöst werden könnten. Unser konkretes Problem ist die drohende Überschuldung in den Jahren, die dieser Haushaltsperiode folgen. Zugegeben, bei den zurzeit gültigen Rahmenbedingungen, haben auch wir kein Patentrezept zur Lösung parat. Jedoch wurden für uns wichtige Vorschläge im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Entgegenkommen wäre hier und da durch andere Gewichtungen im Investitionshaushalt durchaus möglich gewesen. Dies liegt sicher nicht an der Qualität der Kämmerei, sondern an der politischen Mehrheit in diesem Hause. Die CDU äußerte direkt im Anschluss an ihre Haushaltsklausur: „Dieser Haushalt trägt eindeutig die Handschrift der CDU.“ Und die SPD ließ verlauten: „Wir haben unsere Vorstellungen ohne Abstriche einbringen können.“ Bei so viel haushaltspolitischer Kompetenz ist die Zustimmung kleinerer Fraktionen nicht mehr erforderlich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.